



Herr Bundesrat  
Martin Pfister  
Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Per Mail: Vernehmlassung@gs-vbs.admin.ch

Bern, 29. Mai 2026

## Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee durch Erhöhung der Mehrwertsteuer

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere Stellungnahme.

Der Bundesrat schlägt vor, die Mehrwertsteuer ab 2028 während zehn Jahren zu erhöhen und die zusätzlichen Einnahmen zweckgebunden für Armee, Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit und weitere sicherheitsrelevante Aufgaben einzusetzen. Diese Massnahme wird damit begründet, dass sich die sicherheitspolitische Lage in Europa hat in den vergangenen Jahren deutlich verschärft hat. Der Krieg in der Ukraine, hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe und Desinformation sowie die zunehmenden geopolitischen Spannungen zeigen, dass auch die Schweiz ihre Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit stärken muss.

**Die EVP anerkennt den erhöhten Bedarf an Investitionen in die Sicherheit der Schweiz.** Eine glaubwürdige Landesverteidigung sowie der Schutz der Bevölkerung und kritischer Infrastrukturen sind zentrale staatliche Aufgaben. Dass die Armee nach Jahren des Sparens modernisiert und besser ausgerüstet werden muss, ist nachvollziehbar.

**Gleichzeitig legt die EVP grossen Wert auf soziale Gerechtigkeit und eine ausgewogene Finanzierung staatlicher Aufgaben.** Neue Einnahmen dürfen nicht einseitig jene Bevölkerungsschichten belasten, die bereits heute einen grossen Teil ihres Einkommens für den täglichen Konsum aufwenden müssen.

Die EVP lehnt die vorgeschlagene Finanzierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Eine höhere Mehrwertsteuer belastet insbesondere Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen, da sie einen grös-

seren Teil ihres Einkommens für den Konsum aufwenden müssen. Aus Sicht der EVP ist eine solche Finanzierung sozialpolitisch nicht vertretbar.

Zudem beurteilt die EVP die vorgesehene Befristung der Mehrwertsteuererhöhung auf zehn Jahre als wenig **glaubwürdig**. Die politische Erfahrung zeigt, dass temporäre Abgaben und Steuern häufig dauerhaft weitergeführt oder verlängert werden. Gleichzeitig erscheint es angesichts der internationalen Sicherheitslage leider wenig wahrscheinlich, dass der Finanzbedarf im Bereich der Sicherheit und Rüstung in absehbarer Zeit wieder deutlich sinken wird. **Statt eine zeitlich angeblich befristete Konsumsteuer einzuführen, sollten deshalb von Beginn an transparentere, gerechtere und langfristig tragfähige Finanzierungsmodelle geprüft werden – insbesondere Instrumente, die stärker nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ausgestaltet sind, wie etwa eine moderate Erbschaftssteuer.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.



Lilian Studer  
Präsidentin EVP Schweiz



Alex Würzer  
Generalsekretär EVP Schweiz